

INFORMATIONSDIENST

IÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Neues IÖW-Gutachten

Ökologisch-Ökonomische Perspektiven für Berlin 2010

Die ökologisch-ökonomischen Entwicklungsperspektiven des sich rasant verändernden Ballungsraumes Berlin und die hieraus zu ziehenden strukturpolitischen Konsequenzen stehen im Mittelpunkt eines neuen IÖW-Gutachtens. Ziel war es, einen Beitrag zur Diskussion um die Zukunft der Metropole Berlin zu leisten und erste konzeptionelle Überlegungen vorzustellen. Die Gutachtenerstellung erfolgte im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung (und DGB-Berlin) sowie der West-Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft und war ursprünglich nur auf die (eingemauerten) Entwicklungsperspektiven von West-Berlin beschränkt. Das Gutachten wird Mitte Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt und in der IÖW-Schriftenreihe erscheinen. Eine Kurzfassung ist bereits jetzt für DM 10,- über die Berliner IÖW-Geschäftsstelle zu beziehen.

Als herausragendes Problem wurde der relative Rückstand der Stadt West-Berlin im Vergleich zu anderen Ballungsräumen (Wachstum flacher, wertschöpfungsarmer Produktionen, Defizite im Bereich produktionsorientierter Dienstleistungen, hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, vergleichsweise geringes Qualifikationsniveau, geringe Verflechtungen mit dem Umland, hohe Umweltbelastungen, etc.) angesehen. Weitere Problemschwerpunkte waren die Ausgestaltung der Umwelt- und Infrastrukturpolitik, die eher unökologische Verhaltensweisen begünstigen und problemverschiebende Wirkungen erzeugen. Sie sind damit unter langfristigen Erwägungen auch ökonomisch ineffizient.

Ohne eine Umkehr des genannten Berlin-spezifischen Wachstumsmodells war zu befürchten, daß – unter den Bedingungen der Inselsituation der Stadt – die Standortattraktivität in einem Umfeld zunehmender regionaler Standortkonkurrenzen weiter abnehmen würde, sodaß in der Konsequenz immer mehr Mittel mit immer fragwürdigeren Effekten für die Entwicklung der Stadt hätten aufgebracht werden müssen.

Im Sinne strukturpolitischer Lösungen wurde als Dreh- und Angelpunkt für die Umkehrung des für Ballungsräume atypischen Wachstumsmodells das Berlinförderungsgesetz angesehen, auf dessen instrumenteller Ausgestaltung die genannten Rückständigkeiten i.w. zurückzuführen sind. Die strukturkonservierenden Wirkungen des Berlinförderungsgesetzes wurden als ein wesentliches Problem für die weiteren Entwicklungsperspektiven von West-Berlin angesehen. Deshalb war zu überlegen, inwieweit dieses für eine problemorientierte ökologische Strukturpo-

litik zu modifizieren wäre. Gleichfalls war zu untersuchen, welchen Beitrag die Infrastrukturpolitik zu einer ökologisch-ökonomischen Erneuerung der Stadt leisten und welche Rolle einzelne Akteursgruppen wie die regionalen Gewerkschaften in einer solchen Strukturpolitik einnehmen könnten.

Mitten in die Bearbeitung des Projektes fiel die Wende in der DDR mit der Folge, daß aufgrund dieses „Trendbruchs“ sämtliche auf West-Berlin bezogene Trendszenarien obsolet wurden. Durch diese Entwicklung hatte das Gutachten einen neuen und umfassenderen Gegenstand zu untersuchen – und dies bei völlig unzulänglicher Datenbasis und denkbar offener Entwicklungsperspektive. Erst allmählich zeichnen sich Konturen einer künftigen Entwicklung ab, die eine Grobskizze der „Metropole Berlins“ ermöglichen. Für die Analyse und Beschreibung der künftig möglichen Entwicklungsperspektiven des Ballungsraumes Berlins gehen wir im Sinne einer „Trendanalyse“ von der Annahme aus, daß der Ballungsraum Berlin sich in vielerlei Hinsicht zu einer „Normalstadt“ bzw. Metropole wandeln wird mit all den damit verbundenen – auch in prosperierenden Metropolen bislang nicht bewältigten – ökologisch und sozio-ökonomisch negativen Strukturproblemen. Dieser Wandel zur „Normalstadt“ schafft einen verschärften Anpassungsdruck für alle Teilräume des Ballungsraumes, bei allerdings unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen zur Bewältigung.

In West-Berlin gilt es, bedingt durch den sich abzeichnenden Abbau der Berlinförderung, sich der Lohnkonkurrenz im näheren Einflußbereich

Fortsetzung auf Seite 2

IÖW-Jahrestagung

23.–25. Nov. in Berlin

(Haus der Kirche, Goethestr. 27-30,
1000 Berlin 12)

„Die ökologische
Herausforderung
für die ökonomi-
sche Theorie“

Tagungsprogramm

Freitag 23. 11.

17.00 Uhr Einleitung und Überblick zur Tagung / Dr. Frank Beckenbach (IÖW Berlin)

17.30 Uhr Das moderne Ökologieproblem im Lichte der ökonomischen Theoriegeschichte: Wiedererinnern oder Neuentdecken?

Ökologische Dissidenten in der ökonomischen Theoriegeschichte / Prof. Dr. Juan Martinez-Alier (Universität Barcelona)

Verlust und Wiedergewinnung der Natur in den Strömungen des ökonomischen Denkens / Prof. Dr. Hans Immler (Gesamthochschule Kassel)

Die Herausbildung der Umweltökonomie – zwischen axiomatischem Modell und normativer Theorie / Dr. Gerhard Maier-Rigaud (Institut für Europäische Umweltpolitik Bonn)

Samstag 24. 11.

9.00 Uhr Neoklassischer mainstream und seine Erweiterungen

Externe Effekte als Begründung von Umweltökonomik und -politik / Prof. Dr. W. Ströbele (Universität Oldenburg) – Korreferat: Dr. J. Minsch (Hochschule St. Gallen)

Neoklassische Bewertung der Zeit: der Diskontierungsnebel / Prof. Dr. U. Hampicke (Gesamthochschule Kassel). Korreferate: F. Dietz (Universität Rotterdam); Prof. W. Ströbele (Universität Oldenburg)

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

11.30 Uhr *Klassisch/marxistische Ansätze – ökologisch neubewertet*

Die Antwort des Postkeynesianismus auf die ökologische Frage: ökologischer Umbau? / Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen)
Koreferat: Möglichkeiten einer neoklassischen Behandlung ökologischer Probleme / Prof. Dr. Bertram Schefold (Universität Frankfurt); *Bemerkungen zur Kreislauftheorie* / Prof. Dr. R. Schwarz (Akademie der Wissenschaften, Berlin)
What to do with Marx? / Prof. Dr. Peter Fleissner (Technische Universität Wien)
Korreferat: Dr. H. Brentel (Universität Frankfurt); S. Schultz (Technische Universität Berlin)

14.30 Uhr *Können Ökonomen von den Naturwissenschaften lernen?*

Was bringt der Entropieansatz für die ökonomische Analyse? / Prof. Dr. Gunther Stephan (Universität Bern)
Modelle der Selbstorganisation in ökologischen und ökonomischen Systemen / Prof. Dr. W. Ebeling (Humboldt-Universität Berlin)

17.00 Uhr *Sozialwissenschaftliche Erweiterungen des fachökonomischen Horizonts?*
Rational Choice und Ökologie: Neue Einsichten durch ökonomische Handlungstheorie? / Dr. Helmut Wiesenthal (Universität Bremen)

Kommunikationstheoretische Erweiterung des ökonomischen Horizonts – Systemtheorie und Ökologie / Dr. Josef Wieland (Gesamthochschule Wuppertal)

Sonntag 25.11.

10.00–13.00 Uhr *Podiumsdiskussion zum Thema: „Die ökologische Bedrohung und die Zukunft der ökonomischen Theorie“* / Dr. P. Ruben (Berlin), Prof. Dr. R. Schwarz (Berlin), Prof. Dr. E. Altvater (Berlin) Prof. Dr. U. Hampicke (Kassel) Prof. Dr. H. Nutzinger (Kassel), Dr. G. Stephan (Bern)

Fortsetzung von Seite 1

(z.B. Polen) und der Standortkonkurrenz für low-tech-Industrien, die sich heute an der europäischen Peripherie ansiedeln, zu stellen. Für Ost-Berlin und das Umland gilt der Anpassungsdruck im Hinblick auf den Weltmarkt, auf Modernisierungsrückstände aller Art und einer vom Autarkiedenken geprägten Produktpalette. Ein weiterer Anpassungsdruck ergibt sich durch die ökologischen Herausforderungen; zu nennen sind hier insbesondere die Stichworte „Klimakatastrophe“ und „Müllnotstand“, deren Bedeutung in den nächsten 20 Jahren noch zunehmen dürfte. Der Ballungsraum Berlin steht also vor sowohl aus der Einführung der Marktwirtschaft als auch aus dem ökologischen Druck resultierenden immensen Anpassungserfordernissen.

In der Modernisierung des industriellen Sektors wie auch in den als unvermeidbar anzusehenden Schrumpfungprozessen im industriellen Sektor liegen Chancen einer Umweltentlastung durch den damit verbundenen Rückgang emissionsintensiver Produktionen. Die in beiden Teilen der Stadt bisher zu schwach ausgeprägten Dienstleistungen werden sich autonom entwickeln. Ihr direkter Beitrag zur Umweltbelastung der Region kann als relativ unproblematisch angesehen werden; hier kommt es darauf an, daß die mit der Ausweitung dieser Wirtschaftsbereiche einhergehenden, eher indirekten Umweltwirkungen in der Gestalt von Vorleistungs- und Entsorgungsverflechtungen begrenzt werden. Angesprochen sind hier insb. die Problemfelder eines zunehmenden Landschaftsverbrauches, eines wachsenden, immer giftigeren Abfallaufkommens und des wachsenden Straßenverkehrs. Die hiermit verbundenen negativen Umweltwirkungen werden in den kommenden Jahren in weit stärkerem Maße die umwelt- und wirtschaftspolitische Debatte in der Stadtregion Berlin bestimmen als die Belastung durch den Industriesektor. Unter den Bedingungen zunehmender Beschäftigungsprobleme und einer den funktionalen Verflechtungen des Raumes nicht entsprechenden politisch-administrativen Struktur (Bildung von zwei Bundesländern anstelle des Landes Berlin-Brandenburg) ist zu befürchten, daß z.B. bei Ansiedlungsvorhaben ökologische Bedenken hinter kurzfristigen sozio-ökonomischen Anforderungen zu-

rücktreten müssen.

Doch der Ballungsraum Berlin hat noch die Chance, die negativen Entwicklungen anderer Ballungsräume zu vermeiden, leb- und vorzeigbares Modell einer „umweltverträglichen“ Industrie- und Dienstleistungsregion zu werden. Diese Chance ergibt sich u.a. daraus, daß die Inselsituation hier in Teilbereichen Raumstrukturen und Besonderheiten hervorgebracht hat, die ökologische Zielsetzungen wie die einer Verminderung des motorisierten Individualverkehrs stützen könnten. Auch das hohe wissenschaftliche Potential der Stadt könnte für eine Strategie der Energieeinsparung, Abfallminderung oder Wassereinsparung genutzt werden, indem hier Modell- und Referenzprojekte errichtet werden, die Vorbild für den gesamten näheren und über die Staatsgrenzen hinausreichenden Einflußbereich von Berlin sein könnten. Ob die Chancen ergriffen werden, hängt weniger von der Umweltpolitik im engeren Sinne, als vielmehr von Entscheidungen in den folgenden Politikfeldern ab:

- Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik (Flächennutzungskonzeptionen, Standortentscheidungen für Großprojekte, wie z.B. Großflughafen),
- Wirtschaftsförderungspolitik,
- Innovations- und Modernisierungspolitik/Technologieentwicklung und der
- Infrastrukturpolitik (Verkehr, Energie, Abfall, Wasser).

Notwendige Voraussetzung hierfür sind veränderte und erweiterte ökologisch-ökonomische Informationssysteme und hierauf aufbauende Instrumente ökologischer Planung. Akteursbezogen sind nicht nur der Staat, sondern auch die Gewerkschaften und Unternehmen gefordert, die sich den Forderungen der ökologisch bewegten Öffentlichkeit in weit stärkerem Maße öffnen müßten als sie es bislang getan haben.

Im Gutachten werden die hemmenden und fördernden Bedingungen für einen „aus Fehlern lernenden“ Weg für den Ballungsraum Berlin analysiert und entsprechende Vorschläge für regionale Handlungsmöglichkeiten entwickelt.

Im einzelnen werden folgende Notwendigkeiten hervorgehoben:

Im Bereich der *Raumordnungspolitik* wird für die Umsetzung ökologischer Raumplanung, die

wiederum Voraussetzung für eine Ökologisierung der Infrastrukturpolitik in den Bereichen Abfall, Energie und Verkehr ist, als grundlegende Voraussetzung die Gründung eines mit Planungs- und Entscheidungskompetenzen versehenen Regionalverbundes gefordert. Die der interkommunalen und interregionalen Zusammenarbeit entgegenstehenden Hemmnisse sind nur durch die Schaffung von Ausgleichsmechanismen, z.B. im Rahmen des Länderfinanzausgleiches und Institutionalisierung von Dialogformen, z.B. im Rahmen eines Berliner Entwicklungsrates, zu überwinden.

Gefordert wird die *Wirtschaftsförderung* sowohl in institutioneller als auch in instrumenteller Hinsicht auf eine erweiterte regionale Basis auszurichten. An die Stelle einer auf Berlin-West und einer auf die Teilräume in der ehemaligen DDR bezogenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Regionalförderung (Investitionsanreizpolitik) soll eine einheitliche Wirtschaftsförderungsgesellschaft und eine mit einheitlichen Konditionen ausgestattete Regionalförderung für den gesamten Ballungsraum Berlin treten. Auch wenn diese Forderung angesichts aktueller Ereignisse – Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Brandenburg im September 1990 – bereits als von der Realität überholt bezeichnet werden kann, so sind dennoch alle Bemühungen um eine regionale Abstimmung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen fortzusetzen. Es gilt insb. die kontraproduktive und die ökologische Problemlage verschärfende (Stichwort: Zersiedelung) kleinräumliche Standortkonkurrenz zu begrenzen. Die Ausgestaltung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen soll sich an ökologischen Zielsetzungen zu orientieren. Der Wirtschaftsförderung kommt die Aufgabe zu, ökologische Zielsetzungen zu unterstützen.

Der absehbare Wegfall der auf Berlin-West bezogenen Berlinförderung eröffnet Chancen für eine stärker ökologischen Zielsetzungen verpflichtete Regionalförderung, die ihren Ausdruck in der Konzeption eines *neuen Regionalförderungsgesetzes* finden sollte. Die Berücksichtigung ökologischer Belange soll entsprechend den sich abzeichnenden regionalen Problemschwerpunkten (Zersiedelung, Verkehrsbelastung, Abfallaufkommen, Energieverbrauch) Eingang in die För-

Fortsetzung von Seite 2

derungsbedingungen finden. Gefordert wird in der Konzeption der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen die bereits von der Planungsgruppe Potsdam entwickelten Vorstellungen zur künftigen Raumstruktur (Stichwort „Berliner Stern“), mit denen der Landschaftsverbrauch und das Verkehrsaufkommen wie auch der Energieverbrauch begrenzt werden könnte, durch eine entfernungsabhängige Differenzierung der Fördersätze zu berücksichtigen. Demnach könnte ein Unternehmen im Ballungsraum Berlin umso höhere Fördersätze beanspruchen, je stärker es sich in den von Standortnachteilen besonders geprägten Teilräumen der DDR engagiert. Je attraktiver ein Standort von seinen Standortvoraussetzungen in Bezug auf Ausstattung mit wirtschaftsnaher Infrastruktur wie auch hinsichtlich seines Naturraumpotentials ist, desto geringer – im Extremfall gen Null – fallen auch die Fördersätze aus. Vermieden werden muß ein „Berlin-Sog“. Für die Konzeption einer solchen kleinräumlich differenzierten Wirtschaftsförderung kann bereits auf Vorarbeiten in der Region zurückgegriffen werden, mittel- bis langfristig ist die Wirtschaftsförderung an den Flächennutzungsplänen der Region auszurichten.

Wirtschaftsförderungshilfen sollen nach dem Anspruchsprinzip vergeben werden. Mittelfristig können allerdings nur jene Unternehmen Wirtschaftsförderungshilfen beanspruchen, die erkennen lassen, daß sie einen aktiven Beitrag für den sich abzeichnenden Strukturwandel leisten können. Diese Forderung sollte ihren Ausdruck in einem Entwicklungsplan und einer hierauf ausgerichteten Bereichsförderung mit folgenden Elementen finden:

- Technologiepolitik (z.B. Förderung der ökologischen Modernisierung, Energiesparteknik/integrierte Energiesysteme, Informations- und Kommunikationstechnologien),
- Arbeitsplatzförderungs politik (Qualifizierungsmaßnahmen, Förderung von Bildung und Weiterbildung; Ansiedlungsförderung nach den o.g. Grundsätzen und Betriebsgründungshilfen); sich autonom entwickelnde Bereiche wie Teile des Dienstleistungssektors (z.B. Handel, Tourismus-Hotelbau; Freizeitparks) sollten jedoch ausgeschlossen werden.
- Förderung von Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Realtransfer (z.B. Beratungseinrichtungen, Einrichtung von Entsorgungs- und Verwertungseinrichtungen für bestimmte Branchen), sowie
- Gewerbehelfprogramme.

Eine Antragsförderung ist nur für jene Fälle vorzusehen, bei denen, im Rahmen der vorstehenden Bereiche, wünschenswerte Initialeffekte für die ökologisch orientierte Regionalentwicklung erwartet werden können. Solche Pilot- und Demonstrationsprojekte sollten über die Möglichkeit einer Zusatzförderung mit höheren Fördersätzen angeregt werden. Wirtschaftsförderungshilfen sind so anzulegen, daß sie revisionsfreundlich sind und sich somit nicht so wie das Berlinförderungsgesetz auswirken, bei dem man jahrelang versuchte um jeden Preis Konstanz zu wahren.

Im Bereich der *Technologiepolitik* gilt es insb. die ökologische Innovationsfähigkeit der Betriebe – hier verstanden als eine „Strategie ökologischer Modernisierung“ von technischen und organisatorischen Strukturen – zu erhöhen. Jedoch ist festzustellen, daß die meisten der sowohl die Herstellung als auch Anwendung von betrieblichen Umwelttechniken bestimmenden Einflußfaktoren (z.B. Gesetzgebungskompetenz, Preissteuierungskompetenz) außerhalb der regionalen Handlungskompetenz liegen. Deshalb sind die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und Regionen i.w. auf die konsequente Ausschöpfung des Vollzugsrahmens, sowie die „weichen Instrumente“ wie Information und Beratung, Bereitstellung gemeinsamer Infrastruktureinrichtungen und die o.g. Demonstrationsprojekte und Referenzanlagen beschränkt. Da gerade in Berlin die „weichen“ Instrumente in besonders starkem Maße ausgebaut wurden, befaßt sich das Gutachten insb. mit dem Umweltförderprogramm (UFP) und den sich hieraus ergebenden Ansätzen für die künftige Strukturpolitik in der Region Berlin.

Eine wesentlich größere Rolle für die Sicherung der ökologischen und sozio-ökonomischen Stabilität des Ballungsraumes Berlin spielen die notwendigen *Infrastrukturmaßnahmen*. Als herausragende Problembereiche, für die schon recht kurzfristig Weichen zu stellen sind, erweisen sich der Verkehrs-, der Energie- und der Abfallsektor. In Form von Szenarien geht das Gutachten der Frage nach, welche Entwicklungen unter den Bedingungen wachsender Bevölkerung im Ballungsraum Berlin (von derzeit annähernd 4,3 Mio auf möglicherweise rund 5 Mio Einwohner im Jahr 2010) denkbar sind.

Was bedeutet es, wenn die Weichen z.B. im Verkehrsbereich so gestellt werden, daß sich der ohnehin noch unterdurchschnittliche Motorisierungsgrad der Region Berlin (derzeit durchschnittlich 340 PKW/1000 Einwohner) recht schnell dem bundesdurchschnittlichen Niveau (derzeit 463 PKW/1000 Einwohnern) angleicht und dann in gleichem Maße wächst, wie es für das Bundesgebiet projiziert wird (576 PKW/1000 Einwohner im Jahr 2010)? Eine andere Frage war, wie sich künftig das Abfallaufkommen unter den Bedingungen „nachholender Entwicklung“ in den außerhalb West-Berlins gelegenen Teilräumen der Region vollzieht und mit welchen Entwicklungen man im Bereich des Energieverbrauches sowie des Wasserverbrauches rechnen muß. Ausgehend von diesen „Trendscenarien“ werden Vorschläge für Alternativen entwickelt, die durch Modellrechnungen illustriert werden.

Für die Bewältigung der ökologischen wie auch sozio-ökonomischen Herausforderungen wird die Gründung eines *Berliner Entwicklungsrates* für erforderlich gehalten. Dessen Ziel muß es sein, die Entwicklung, Instrumentierung und Weiterentwicklung eines Regionalentwicklungskonzeptes entlang von Problemfeldern zu initiieren und zu koordinieren.

Karin Robinet, Berlin

Auswahl von im IÖW eingetragener „Grauer Literatur“

Mikal Skou Andersen: Green Taxes and Regulatory Reform: The Dutch and the Danish Experience of Curbing Surface Waters Pollution. Bezug: Institute of Political Science, University of Aarhus, Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C, Denmark

Frank Beckenbach: The Firm as an Actor in an Ecological Economy, Bezug: F. Beckenbach, IÖW-Geschäftsstelle Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Ökologische Modernisierung der Energieversorgung der DDR. Ziele, Instrumente, Kooperationsmöglichkeiten. Reihe Wirtschaftspolitische Diskurse Nr.1. Bezug: FES, Godesbergerallee 149, 5300 Bonn 2

Ralph Greifenstein, Peter Jansen, Leo Kissler: Quality Circles and Participative Management. A French-German Comparison in the Automobile Industry. polis-Nr.16/1990. Bezug: Uni Hagen, FB Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Feithstr.140 (AVZ II), 5800 Hagen

ILS: Verkehr der Zukunft. Beiträge zum 3. Wissenschaftstag des ILS am 10. und 11. Mai 1989. Bezug: Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes NRW, Königswall 38-40, 4600 Dortmund 1

Jost Krippendorf: Ökologisierung der Industriegesellschaft – Möglichkeiten, Grenzen. Bezug: Universität Bern, Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie, Monbijoustr. 45a, CH-3011 Bern

Dirk Löhr: Freiwirtschaft. Ein Ausweg aus dem Planungsschaos. Zur wirtschaftlichen Umgestaltung der osteuropäischen Staaten. Bezug: Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung, Jakobstr.54, 7750 Konstanz

Ö.B.U.: Ökologisch bewußte Unternehmensführung 1990. Positive Beispiele aus dem Ö.B.U.-Mitgliederkreis. Schriftenreihe Ö.B.U./A.S.I.E.G.E. 2/1990. Bezug: Schweizerische Vereinigung für ökologisch bewußte Unternehmensführung, Postfach 9, CH-9001 St.Gallen

Wolfgang Rüdiger, R.Andreas Kraemer: Die Privatisierung der britischen Stromversorgung. FFU rep 90-7. Bezug: Forschungsstelle für Umweltpolitik, Schwendenerstr. 53, 1000 Berlin 33

Umweltausschuß Wirtschaftsjunioren Bayern: AKTIV im Umweltschutz (Sammlung bes. von Umweltscheklisten für Unternehmen). Bezug: Wirtschaftsjunioren Bayern, K.Steigmeier, Industriestr.43, 8728 Haßfurt

IÖW-Adressen:

IÖW-Geschäftsstelle:
Giesebrechtstraße 13, 1000 Berlin 12,
Tel. (030) 882 60 94, Telefax (030) 881 54 39

IÖW-Regionalbüro NRW:
Oberbergische Str. 4, 5600 Wuppertal 2,
Tel. (0202) 805 30

IÖW-Regionalbüro Kiel:
Waitzstr. 11, 2300 Kiel 1,
Tel. (040) 439 18 66

IÖW-Regionalbüro Baden-Württemberg:
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg,
Telefax (06221) 16 44 89

IÖW-Österreich: Christine Jasch
Rechte Wienzeile 19/5, AU-1040 Wien,
Tel. (0222) 568 604, 587 21 89

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.